

Rechtsextremismus

⇒ Interkulturelle Kompetenzen

↳ Jugendbildung gegen Rassismus

↳ Programme der Bundesregierung

↳ Jugendliche für Zivilcourage

↳ Zusammen gegen Rechts



Jugendverbände machen mobil, wenn rechtsextremistische Aktivisten die Städte und „die Straßen“ besetzen wollen. Der Frankfurter Jugendring und die Jugendverbände stellten sich am 1. Mai 2001 in Frankfurt am Main gegen einen rechten Aufmarsch der NPD. Eine breite Gruppe von Jugendverbänden bildeten eine Gegendemonstration, die von der Römerkundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Europäischen Zentralbank führte. In der hier gehaltenen Rede von Roswitha Kopp, Vorstand des Frankfurter Jugendrings wurde das demokratische Zusammenleben der aus über 160 Nationen stammenden BürgerInnen in Frankfurt am Main unterstrichen. Die nahezu 50 Prozent der Kinder und Jugendlichen ausländischer Herkunft in dieser Stadt gehören danach als „Gleiche unter Gleichen“ zur jungen Generation; sie alle sind Teil der Gesellschaft und sehen ihre Zukunft in Hessen bzw. in Deutschland. (siehe Broschüre „Interkulturelle Jugendarbeit – verlockende Jugendarbeit“ auch zum Download)

Jugendverbände setzen sich seit der deutschen Einheit vor über zehn Jahren verstärkt mit dem jugendkulturellen Rassismus auseinander, der sich mit populären Formen von Fremdenfeindlichkeit auch unter Jugendlichen ausgebreitet hat. In der Jugendarbeit setzen sich engagierte Jugendliche hierzu mit den Ergebnissen der Jugendforschung auseinander. Gleichzeitig haben sich die Jugendverbände für die Integration von Jugendlichen ausländischer Herkunft mit einer Verbreiterung ihrer Angebote in der Jugendarbeit stark gemacht und ihre Partizipation auf verschiedenen Verantwortungsebenen gefördert. Die Fortbildungsangebote des Hessischen Jugendringes zur stärkeren Integration und Partizipation von allen in Hessen lebenden Jugendlichen – gleich welcher sozialen und kulturellen Herkunft sowie für die Initiativen gegen die Ausländerfeindlichkeit – unterstützen die entsprechenden Aktivitäten vor Ort.

Die Fachzeitschrift „hessische jugend“ (z.B. 1/1999, 4/2000 + 4/2001) sowie eine Tagungsdokumentation bieten Tipps und Anregungen zur Auseinandersetzung mit rechten Ideologien und dem pädagogisch-politischen Umgang mit rechten Cliques und zur Förderung interkultureller Kompetenzen in der Jugendarbeit.



Der Hessische Jugendring und die Mitgliedsverbände organisieren mit ihren gezielten Aufklärungsaktionen über die gesellschaftlichen Ursachen rechter Orientierungen sowie mit ihrer politisch-historischen Seminararbeit ein Angebot der politischen Bildung, das der Persönlichkeitsbildung sowie der öffentlichen Aktion gegen rechte Gewalt dient. Jugendbildung will Kinder und Jugendliche zur engagierten Auseinandersetzung mit rassistischen Tendenzen im eigenen Umfeld befähigen ([Kontakte siehe unten](#)). Dabei wird das Augenmerk verstärkt auf den sozialen Alltag gelenkt, um die Eigenverantwortung im persönlichen Umfeld zu stärken. Die Grenzen in der Demokratie werden damit klar aufgezeigt, der Eskalation der Gewalt wirksam gegengesteuert und couragiert für die Anerkennung und Gleichheit aller Menschen in der Zivilgesellschaft geworben.

Für Kinder und Jugendliche, die von Armut bedroht bzw. betroffen sind, und dies gilt insbesondere für die Migrant*innenjugendlichen in den Städten und Gemeinden, werden die Integrationsanstrengungen in der Jugendarbeit zukünftig verstärkt. Die Kooperation der Jugendverbände mit Schulen, Unternehmen und mit außerbetrieblichen Ausbildungsbereichen wurde mit dem Ziel auf den Weg gebracht, um insbesondere die von Ausgrenzung betroffenen Jugendlichen breiter zu integrieren. Siehe hierzu auch: [Die gelbe Hand, www.sos-rassismus-nrw.de](#)

Jugendverbände treten für wirksame rechtsstaatliche Sanktionen gegen jede Form rassistischer Gewaltübergriffe ein. Der Hessische Jugendring unterstreicht auch die Bedeutung der öffentlichen und differenzierten Berichterstattung einer menschenrechtlich-engagierten Pressearbeit, um die Öffentlichkeit zukünftig stärker als Partner für eine klare Absage gegen Vorurteile, Verallgemeinerungen und Pauschalisierungen gegen Menschen gleich welcher Herkunft zu gewinnen. Die Jugendverbände haben in ihrer Jugendarbeit die Auseinandersetzung mit dem organisierten Rechtsextremismus deutlich ausgebaut und u.a. verstärkt Trainingsworkshops zur Mediation, zum Einsatz von Materialien für die nicht-rassistische Bildungsarbeit sowie die Herstellung eigener Medien (CD-Roms etc.) in der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit erprobt. Die Erstellung eigener „homepages gegen Rechts“ oder die Nutzung von kompakten Angeboten, die uns freundlicherweise zur Verfügung gestellt werden, runden die Aktivitäten der Verbände ab.

Bundeszentrale für Politische Bildung www.bpb.de

Hessische Landeszentrale für Politische Bildung www.hlz.hessen.de

Fritz-Bauer-Institut www.fritz-bauer-institut.de

nein zu Nazis im Netz www.drei-n.de

Gegen Vergessen www.gegen-vergessen.de

Aktion Courage www.aktioncourage.org/

Der Rechte Rand – Zeitschrift von und für Antifaschisten www.der-rechte-rand.de

Dokumentations- und Informationszentrum für Rassismusforschung; Marburg www.dir-info.de



Der Hessische Landtag hat sich deutlich gegen die Gefahren der zunehmenden rechtsextremen Entwicklungen ausgesprochen, und dabei insbesondere die rechte Propaganda im Internet und die zunehmende Gewalt gegen Minderheiten thematisiert. Im Landtag wurden für Hessen 4800 rechtsextreme Skinheads, darunter 500 gewaltbereite Personen, genannt. Der Innenausschuss des Landtags empfahl in der Landtagsdebatte vom 13.12.00 der Landesregierung der rechtsextremistischen Propaganda u.a. durch die Förderung der Bürgeraktion „Gesicht zeigen“ zu begegnen, die Mittel des Bundes und des Europäischen Sozialfonds zu nutzen und eine eigene Kofinanzierung aus Landesmitteln zu leisten.

Der Hessische Jugendring hat im Jahr 2001 das Programm des Bundes „Für Toleranz und Demokratie. Jugend für Toleranz und Demokratie – Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ mit Hilfe des Sozialministeriums umgesetzt. Der überwiegende Teil der Bundesmittel wurde vom Land für die Förderung der Jugendarbeit „Gegen Rechts“ den Jugendämtern in den Städten und Kreisen zugeleitet. Gleichzeitig finanzierte der Bund in 2001 mit dem Programm „Xenos – Leben und Arbeiten in Vielfalt“ in den Ausbildungsbereichen neue Initiativen zur interkulturellen Verständigung im Arbeitsleben. Das Nachfolgeprogramm des Bundes 2002 trägt den Titel - Entimon - Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“: www.entimon.de. Weitere Informationen über Förderungen durch Bundesregierung und Europäische Union können abgerufen werden unter www.ich-mache-politik.de.

Die Jugendverbände haben eine kritische Einschätzung gegenüber den bisherigen „Programmen gegen Rechts“. Jugendarbeit wird danach weiterhin als „Stiefkind der Sozialpolitik“ behandelt und als „Notnagel“ gegen den Rechtsextremismus kurzfristig funktionalisiert. Eine kontinuierliche Förderung in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist dringend erforderlich.

Dennoch haben die Verbände ihr Engagement zur Verteidigung und Anerkennung der Menschenwürde mit den aktuellen Förderprogrammen ausweiten können und dabei parallel die Kritik an der geltenden Asyl- und Einwanderungspolitik deutlich markiert.

Einen guten Überblick bieten folgende Institutionen:

Forum gegen Rassismus

www.forum-gegen-rassismus.de

Deutsches Jugendinstitut
MAREG – Datenbank gegen Rechts

www.dji.de

Deutscher Städte- und Gemeindetag
Kodex – Kommunale Datenbank
Gegen Gewalt, Extremismus und
Fremdenfeindlichkeit

www.dstgb.de



Die Präsenz der Jugendarbeit, die Kindern und Jugendlichen in den Jugendgruppen die demokratischen Möglichkeiten ganz praktisch erfahrbar macht, fördert mit einer menschenrechtlich fundierten Bildung und Erziehung die Entwicklung junger Menschen zu verantwortlichen Persönlichkeiten. Jugendliche werden so aktiv für eine bessere Zukunft, die die Konfliktbearbeitung ohne Gewalt realistisch macht. Politische Schlüsselqualifikationen, wie die soziale Empathie, eine emotionale Sensibilisierung und die zivilrechtliche Widerständigkeit werden mit den Jugendlichen selbstbestimmt erprobt und eingeübt.

Das Förderprogramm des Bundes seit dem Jahr 2001, das in Zusammenarbeit mit Jugendverbänden umgesetzt wird, ist zur Verstärkung der Jugendbildung gegen die Gewaltentwicklung und damit auch zur Integrationsarbeit mit Jugendlichen ausländischer Herkunft wirksam.

Die Jugendverbände werden die Angebote der außerschulischen Jugendbildung als ihr Integrationsangebot in den Jugendgruppen – für Jeden gleich welcher religiösen, sozialen und kulturellen Herkunft – weiter verstärken. Jugendarbeit, die zur Stärkung der Zivilcourage beiträgt, braucht mehr denn je die Unterstützung durch Politik und Verwaltung.

Zeichenhafte Aktivitäten für Zivilcourage:

Jugendbegegnungsstätte Anne Frank, Frankfurt www.jbs-anne-frank.de
am Main

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. www.asf-ev.de

Internationale Jugendbegegnungsstätte
Auschwitz www.mdsm.pl



Jugendverbände sagen „NEIN“ und handeln solidarisch, wenn Menschen ausländischer Herkunft im Alltag bedroht werden. Und dies gilt auch dann, wenn Menschen durch einen verdeckten Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus „angepöbelt“ werden. Jugendarbeit will dazu befähigen, sich gegen jede verbale und körperliche Gewalt zu engagieren, die als Verachtung gegen sozial Schwächere sichtbar und wirksam wird. Die Frankfurter Rundschau (www.fr-aktuell.de/fr/spezial/rechts) hat zur Skandalisierung des menschenverachtenden Hasses eine Dokumentation mit mehr als 100 Toten veröffentlicht, die seit 1990 Opfer eines brutalen Rassismus im Alltag wurden. Unter den Opfern wird auch eine Person genannt, deren Tod in Hessen zu beklagen ist.

Jugendbildung steht für die Politik bei der Verteidigung einer humanen Gesellschaft weder als „Sündenbock“ noch als Feuerwehr zur Verfügung. Die Ausweitung der jugendpolitischen Interessenvertretung zur Demokratisierung in Schulen, Betrieben und im Alltag, die Kinder und Jugendliche stark macht für den Respekt und die Achtung der Anderen, bewegt sich in der Realität der Gesellschaft allerdings im „Schneckentempo“.

Der Hessische Jugendring qualifizierte die Vertretungsstrukturen der Jugendarbeit deshalb auch in Kommunalwahlen ([Arbeitshilfe Kommunalwahl](#)) mit dem Ziel, rechtsextreme Einflüsse auf die Lokalpolitik zu bekämpfen. Durch die Stärkung der jugendpolitischen Interessenvertretungen und dem Ziel einer jugendgerechten Weiterentwicklung der sozialen und die politischen Rahmenbedingungen sollte den „rechten Parteien das Wasser abgegraben“ werden. Jugendliche sollen damit für eigene, wirksame Beteiligungsformen in der kommunalen Politik fit gemacht werden, damit ihre Vorschläge und Ideen in der kommunalen Realität stärker berücksichtigt werden. Jede bessere Verankerung der Interessen von Jugendlichen ist dazu geeignet, die eigene Zukunft mitzubestimmen und der Gefährdung der Demokratie entgegen zu wirken.